

Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Datenschutzhinweise gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO der staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen im Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle

Landratsamt Wunsiedel i.
Fichtelgebirge
Jean-Paul-Straße 9
95632 Wunsiedel

Telefonnummer: 09232/80-0

Kontaktinformationen des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge
Datenschutzbeauftragter
Jean-Paul-Straße 9
95632 Wunsiedel

Telefonnummer: 09232/80-561

E-Mail-Adresse: datenschutz@landkreis-wunsiedel.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Allgemeine Schwangerenberatung und Korrespondenz mit der staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen

Die staatlich anerkannte Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen im Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten, um Sie über Fragen der Gesundheit in körperlicher, psychischer und sozialer Hinsicht fachgerecht beraten zu können, insbesondere zur Mitteilung bedarfsgerechter Informationen über Personen, Einrichtungen und Stellen, die vorsorgende, begleitende und nachsorgende Hilfen gewähren.

Diese Datenverarbeitung basiert daher auf Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) u. Art. 9 Abs. 2 Buchst. b) DSGVO i. V. m. Art. 4 BayDSG, Art. 8 Abs. 1 Nr. 2 BayDSG.

Schwangerenkonfliktberatung

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung nach § 219 StGB verarbeitet. Hierzu gehört u. a auch die Ausstellung einer Beratungsbescheinigung, welche zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches erforderlich ist.

Daher basiert die Datenverarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) u. Art. 9 Abs. 2 Buchst. b) DSGVO i. V. m. Art. 4 BayDSG, Art. 8 Abs. 1 Nr. 2 BayDSG i. V. m. § 219 StGB sowie den einschlägigen Vorschriften des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten.

Antrag auf Leistungen der „Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind“

Sie können über die staatlich anerkannte Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen im Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge einen Antrag auf Leistungen der „Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind“ stellen.

Die erforderlichen personenbezogenen Daten werden von den Mitarbeitern der Beratungsstelle erhoben und an die „Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind“ als Leistungsträger weitergegeben. Daher fungiert die

Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Jean-Paul-Straße 9 | 95632 Wunsiedel
T: 09232 80-0 | F: 09232 80-9555
info@landkreis-wunsiedel.de
www.landkreis-wunsiedel.de

Kontoführende Stelle

Kreiskasse Wunsiedel
IBAN DE 41 7805 0000 0620 0014 46
BIC BYLADEM1HOF
Sparkasse Hochfranken

Besuchszeiten

Montag – Freitag 08:00 – 12:00 Uhr
Donnerstag 14:00 – 17:00 Uhr
oder nach Terminvereinbarung



Beratungsstelle als sogenannter „Auftragsverarbeiter“ der Landesstiftung im Sinne von Art. 28 DSGVO. Ihre personenbezogenen Daten werden über ein Online-Portal eingepflegt und verschlüsselt an den datenschutzrechtlich Verantwortlichen – der „Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind“ (siehe Art. 4 Nr. 7 DSGVO) - übermittelt.

Weitergabe Ihrer Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte weitergegeben, es sei denn, Sie haben einer Datenübermittlung explizit im Rahmen einer Schweigepflichtentbindung oder anderweitig erteilten Einwilligung zugestimmt. Ohne Ihre Zustimmung finden keinerlei Datenübermittlungen an Dritte statt. Die Weitergabe Ihrer Daten an die „Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind“ im Rahmen Ihrer Antragstellung stellt keine Datenübermittlung an Dritte dar, da die Beratungsstelle Ihre personenbezogenen Daten nicht eigenmächtig, sondern ausschließlich für die Landesstiftung gemäß deren Weisungen verarbeitet.

Speicherdauer

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald der Zweck für die Erhebung entfällt. Ungeachtet dessen sind die Aufbewahrungs- und Archivierungsvorschriften zu beachten, die ggf. einer endgültigen Löschung der Daten entgegenstehen.

Die nach § 219 Abs. 2 StGB im Rahmen einer Beratung der Schwangeren in Not- und Konfliktlagen zu fertigenden Protokolle werden nach drei Jahren gelöscht. Alle weiteren Datenträger werden 5 Jahre nach Abschluss der Beratung gelöscht. Detaillierte Informationen zur Löschung sind im Löschkonzept der Beratungsstelle festgelegt. Dieses kann jederzeit auf Anfrage vorgelegt werden.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Die oben genannten Rechte können Sie direkt bei der verantwortlichen Stelle oder beim zuständigen Datenschutzbeauftragten geltend machen. Sofern Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO), steht Ihnen das Recht zu, diese Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung bis zum Erhalt ihres Widerrufs bleibt unberührt.

Beschwerderecht

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde, sofern Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten rechtsmissbräuchlich ist.

Diese Beschwerde muss von der tatsächlich betroffenen Person bei einer Aufsichtsbehörde (hier: Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz) eingereicht werden.

Stand: Juni 2022